

9. April 2025

„Verantwortung für Deutschland“

Bewertung des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD

Kurzbewertung

Es ist zu begrüßen, dass die Regierungsparteien im Koalitionsvertrag ein klares Bekenntnis zu dem entscheidenden Ziel abgeben, die anhaltende Wachstumsschwäche zu bekämpfen. Hierzu darf Deutschland bei den Schlüsseltechnologien nicht den Anschluss verlieren, was nur mit Investitionen, Innovationen und Wettbewerb sowie niedrigeren Kosten, insbesondere in den Bereichen **Energie** und **Bürokratie**, gelingen kann. Im Koalitionsvertrag sind in diesem Zusammenhang viele Vorschläge jedoch nicht neu und hätten bereits in der Vergangenheit umgesetzt werden müssen, etwa im Bereich der Breitband- und KI-Infrastruktur und beim Bürokratieabbau.

Im Konkreten zu begrüßen sind die **Unternehmenssteuerreform mit steuerlichen Entlastungen bei der Stromsteuer**, wichtige Schritte beim **Bürokratieabbau** sowie die **Einführung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit** und das klare Bekenntnis zur **Vertrauensarbeitszeit ohne Arbeitszeiterfassung**. Diese Maßnahmen können die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärken und die Arbeitsbedingungen verbessern. Auch die geplante Investitionsoffensive mit einem Deutschlandfonds wird begrüßt.

Äußerst kritisch bewertet der HDE darüber hinaus die ausdrückliche Benennung einer möglichen **Mindestlohnhöhe von 15 Euro im Jahr 2026**. Die Tarifautonomie hat in Deutschland Verfassungsrang und muss vor politischen Eingriffen geschützt bleiben. Staatliche Einmischungen beim Mindestlohn könnten die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft beeinträchtigen und zu höheren Preisen sowie wachsender Arbeitsplatzunsicherheit führen.

Zudem vermisst der HDE ein klares Bekenntnis und Hilfsmaßnahmen für die vielerorts gefährdeten **Innenstädte**. Die Sanierung von Straßen, Brücken und Bahn ist wichtig, aber die Stadtzentren dürfen nicht vergessen werden. Viele Innenstädte erreichen Kippunkte und benötigen dringend bessere Möglichkeiten zur Abschreibung von Investitionen. Die Verdopplung der Städtebauförderung wird begrüßt, doch diese staatlichen Finanzierungsmittel allein werden nicht ausreichen, um die Innenstädte zu vitalisieren.

1. Neues Wirtschaftswachstum, gute Arbeit, gemeinsame Kraftanstrengung

1.1. Wirtschaft, Industrie, Tourismus

Positiv:

- Positiv ist der Plan, **Gründerschutzzonen einzuführen**. Deutschland braucht eine **höhere Gründungsdynamik** und mehr Unternehmensnachfolgen.
- Deutschland braucht eine Investitionsoffensive. Ein **Deutschlandfonds kann hier ein sinnvolles Modell sein**, um Investitionen zu ermöglichen und anzuregen. Daneben sind Konzepte sowohl im stationären Einzelhandel unserer Innenstädte als auch im digitalen Handel durch Sonderabschreibungsmöglichkeiten zu fördern.

Neutral:

- Der Fokus bei Innovationen auf Start-Ups greift zu kurz. Vor allem müssen bestehende Unternehmen unterstützt und Innovationen angeregt werden.

Negativ:

- **Wettbewerbsbeschränkende Regelungen** in der kartellrechtlichen Missbrauchsaufsicht sollen nicht reduziert werden. Die Koalitionspartner vergeben damit die Chance, mehr Freiräume für die unternehmerische Tätigkeit zu schaffen

1.2. Arbeit und Soziales

Positiv:

- Positiv ist, dass wir endlich **Online-Betriebsratswahlen** sowie auch **Online-Betriebsratssitzungen** und **Online-Betriebsversammlungen** erhalten sollen. Das ist gut und längst überfällig.
- Die unbürokratische und effiziente **Förderung qualifizierter Einwanderung** ist ebenso zu begrüßen wie das klare politische Bekenntnis zur Vertrauensarbeitszeit ohne Zeiterfassung.

Negativ:

- Leider fehlt das klare politische Bekenntnis zur **40%-Obergrenze bei den Gesamtsozialversicherungsbeiträgen**. Die zentralen Vorhaben der Koalition: „Absicherung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis zum Jahr 2031“, „Rente mit 63“ sowie auch „Mütterrente“

der Koalition sind milliardenschwer und daher damit wohl nicht vereinbar. Erfreulich ist allenfalls, dass die Koalition sich darauf verständigt hat, dass die Mehrkosten für die Absicherung des Rentenniveaus durch Steuermittel ausgeglichen werden sollen.

- Beim wichtigen Thema **Mindestlohn** bleibt die indirekte politische Zielmarke von „15 Euro pro Stunde im Jahr 2026“ leider enthalten. Die Union hat sich hierzu offenbar an diesem Punkt nicht durchgesetzt und stützt sich bei Ihrer Argumentation auf die vorangegangene Formulierung, nach der die unabhängige Mindestlohnkommission gestärkt werden soll.
- Die **steuerfreien Überstundenzuschläge** sind strikt abzulehnen. Mehrarbeitszuschläge sind gesetzlich nicht verpflichtend. Zudem übt der Passus unnötig Druck auf Tarifverhandlungen für (höhere) tarifliche Zuschlagsregelungen sowie eine möglichst geringe tarifliche Vollzeit aus. Steuerfreiheit für **Prämien bei Mehrarbeit in Teilzeit** könnten sogar dazu führen, dass Vollzeitkräfte ihr Arbeitszeitvolumen reduzieren. Hinzu kommen rechtliche Bedenken, denn Teilzeitkräfte würde für die gleiche Arbeitszeit mehr Geld erhalten.
- Steuerliche Anreize zur Attraktivitätssteigerung einer Gewerkschaftsmitgliedschaft lehnen wir ab.

Neutral

- Die Einführung einer Verpflichtung privater Unternehmen zum **Abbau von Barrieren** ist nicht ausdrücklich vorgesehen. Allerdings wollen die Koalitionspartner auch in der Privatwirtschaft auf die Herstellung der Barrierefreiheit “hinwirken”.

1.3. Verkehr und Infrastruktur, Bauen und Wohnen

Positiv:

- Die **Stärkung der städtebaulichen Entwicklung** in den ländlichen Räumen, der **Kampf gegen Leerstand** in strukturschwachen Regionen sowie **soziale Infrastrukturen** sind die richtigen Prioritäten für deutsche Innenstädte.
- Die geplante Modernisierung der Städtebauförderung inklusive Verdoppelung des Finanzvolumens der Städtebauförderung ist wichtig und richtig.
- Die Novelle der Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm), des Bauplanungsrechts und der Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft), um Nutzungskonflikte zwischen Wohnen, Gewerbe und Landwirtschaft zu lösen.

Negativ:

- Es fehlt das Bekenntnis zu einem **eigenständigen Bauministerium**, eine **Sonder-AfA-Innenstadt** sowie Vorschläge zur Förderung der **Nachtlogistik**
- Eine **Besteuerung von Veräußerungsgewinnen** aus dem Verkauf nicht selbstgenutzter privater Immobilien auch nach 10 Jahren, werden durch den Handel abgelehnt. Hiervon wären auch Handelsimmobilien betroffen.

1.4. Klima und Energie

Positiv:

- Die **Senkung der Stromsteuer** auf das europäische Mindestmaß ist ein wichtiger Schritt, um die Energiepreise zu senken und die deutsche Wirtschaft wieder wettbewerbsfähiger zu machen.
- Es ist positiv, dass das **Energieeffizienzgesetz und das Energiedienstleistungsgesetz** novelliert und vereinfacht werden sollen.
- Der Vorschlag, den Ausbau und die Modernisierung der **Netze kosteneffizient voranzubringen** und mit dem Erneuerbaren-Ausbau zu synchronisieren ist positiv. Es ist richtig, dass sowohl Übertragungs- als auch Verteilnetze entwickelt werden sollen, da es aktuell Engpässe auf beiden Ebenen gibt.

Neutral:

- Entbürokratisierung sowie schnellere und bessere Planungs- und Genehmigungsverfahren werden zwar hervorgehoben, aber nicht explizit im Zusammenhang mit Netzanschlussverfahren. Netzanschlussverfahren sind aktuell besonders bürokratielastig und bedürfen einer **schnellstmöglichen Vereinheitlichung und Vereinfachung**.
- Ziel muss es sein, dass sich **Erneuerbare Energien** perspektivisch vollständig **am Markt refinanzieren** können. Eine stärkere Marktorientierung beim Thema EE-Ausbau ist sinnvoll.

1.5. Ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt

Negativ:

- Im **Verbraucherschutzrecht** soll das Regulierungsniveau weiter ohne Not angehoben werden. Unnötige administrative Belastungen der Wirtschaft sind zu erwarten.
- Der geplante **Ombudsmann** für die Vertragsbeziehungen in der Lebensmittellieferkette ist unnötig und verursacht Kosten und **neue Bürokratie**.

- **Rücknahme von Elektrogeräten:** Wir fordern daher eine **europäische Evaluierung der Quotenberechnung** und eine entsprechende Anpassung der nationalen Gesetze. **Mehr Herstellerverantwortung** für den Handel **bei der Rücknahme von Elektrokleingeräten**, vor allem bei den Unternehmen im Lebensmitteleinzelhandel, **lehnen wir ab.**

Neutral:

- Die Pläne im Hinblick auf die bereits bestehende Regulierung der Lebensmittellieferkette (**UTP-Richtlinie/AgrarOLkG**) bleiben unklar. Es ist zu befürchten, dass die Vertragsfreiheit in der Lieferkette durch weitere gesetzliche Vorgaben (z. B. im Hinblick auf die Preisgestaltung) erneut in wettbewerbswidriger Weise eingeschränkt werden soll.
- Bisher keine **konkreten Anhaltspunkte**, wie die Umsetzung der Novellierung von §21 Verpackungsgesetz und die nationale Umsetzung der PPWR aussehen sollen. Wünschenswert ist eine enge Begleitung der Umsetzung durch Beteiligung der Stakeholder plus die betroffenen Unternehmen sowie die **Nutzung von bestehenden Strukturen** und die **privatrechtliche und wettbewerbliche Ausgestaltung** von geplanten Umsetzungsmodellen.
- Bei der Einführung eines **EPR-Systems im Textilbereich** sollte unbedingt auf eine 1:1 Umsetzung der europäischen Vorgaben geachtet werden. Bestehende Strukturen sollten genutzt werden. Aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit sollte hier die **Expertise der betroffenen Branchen genutzt werden.**

Fazit:

Das **Regulierungsniveau** soll sowohl im B2B- als auch im B2C-Bereich weiter angehoben werden. Die vorgelegten **Formulierungen und Ziele im Umweltbereich sind undetailliert** und allgemein gehalten. Tendenziell gehen die Vorhaben aber in die richtige Richtung und decken sich mit HDE-Forderungen, insbesondere bei der praktikablen Umsetzung von Gesetzesvorhaben. In der konkreten Umsetzung wird sich zeigen, **wie die Vorhaben durch das zuständige Ministerium umgesetzt werden.** Wünschenswert ist aus unserer Sicht ein **klares Bekenntnis zu privatwirtschaftlichen Modellen und einer wettbewerbsorientierten Ausrichtung.**

2. Wirkungsvolle Entlastungen, stabile Finanzen, leistungsfähiger Staat

2.1. Haushalt, Finanzen, Steuern

Positiv:

- **Reform der Unternehmensbesteuerung**, insbesondere die Senkung der Steuerbelastung auf einbehaltene Gewinne auf 25 Prozent und rechtsformneutrale Besteuerung von Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen, d.h. für beide Rechtsformen soll die niedrigere Besteuerung erreicht werden.
- Einführung einer **verbesserten degressiven Abschreibung** von 30 Prozent.
- **Flexiblere und bessere Verlustverrechnung.**

Neutral:

- Eine **Konsumbelebung** nur durch eine Senkung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen zur Mitte der Legislatur ist aus Sicht des HDEs ein Tropfen auf dem heißen Stein.
- Die **digitale Abgabe von Steuererklärungen** wird schrittweise verpflichtend. Ziel ist es auch, Körperschaften und Personengesellschaften sukzessive auf die Selbstveranlagung umzustellen. Aus Sicht des HDEs wäre auch der digitale Steuerbescheid notwendig.
- **Steuerliche Anreize für Mehrarbeit** durch **Steuerfreiheit für Überstundenzuschläge** für Mehrarbeit, die über die tariflich vereinbarte, beziehungsweise an Tarifverträgen orientierte Vollzeitarbeit hinausgeht, sowie **steuerliche Begünstigung von Prämien zur Ausweitung der Arbeitszeit** von Teilzeit auf dauerhaft an Tarifverträgen orientierte Vollzeit. Der administrative Mehraufwand hängt von der Art der gesetzlichen Umsetzung ab und ist in der betrieblichen Praxis noch nicht absehbar.
- Abschaffung der **Bonpflicht**, aber **Registrierkassenpflicht ab 01.01.2027** ab jährlichem Umsatz von über 100.000€.

Negativ:

- Bei der **Gewerbesteuer** beschränken sich die Koalitionspartner darauf, Scheinsitzverlagerungen in Gewerbesteueroasen zu bekämpfen und der Mindesthebesatz soll von 200 auf 280 Prozent erhöht werden. Dadurch werden die Innerstädtischen Einzelhändler nicht von den Hinzurechnungen der hohen Mieten entlastet.
- An der **Mindeststeuer** für große Konzerne halten wir fest. Gleichzeitig beobachten wir die Auswirkungen auf die globale Steuerarchitektur durch internationale Divergenzen und werden uns auch auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass daraus keine Benachteiligung unserer Unternehmen im internationalen Wettbewerb resultiert.
- Bei dem **Bekenntnis zum digitalen Euro** fehlt die Perspektive der Akzeptanzseite: Die Kosten für den Handel müssen so gering wie möglich gehalten werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn Handelsunternehmen zur Akzeptanz verpflichtet werden sollten
- Es fehlt die **Berücksichtigung von marktdominierenden Zahlungssystemen außereuropäischer Anbieter**. Die hohen Kosten des Zahlungsverkehrs für deutsche Unternehmen und Verbraucher sollte mithilfe des Wettbewerbsrechts günstiger gemacht werden.

2.2. Bürokratierückbau, Staatsmodernisierung, Moderne Justiz

Positiv:

- Mit dem Pakt für den Rechtsstaat und der geplanten Reform der Strafprozessordnung können Voraussetzungen für eine bessere **Bekämpfung des Ladendiebstahls** geschaffen werden.
- Der Koalitionsvertrag sieht einen umfassenden Rückbau von Bürokratie vor. Hier sind sinnvolle Maßnahmen vorgesehen wie **Praxischecks** in frühen Phasen von Gesetzgebungsverfahren oder

Experimentierklauseln mit Abweichungsrechten. Ein „Sofortprogramm Bürokratieabbau“ soll bis Ende des Jahres insbesondere KMU entlasten. Statistikpflichten sollen auf den Prüfstand gestellt werden. Die Bürokratiekosten für die Wirtschaft sollen um 25% reduziert werden. Dokumentationspflichten im Einzelhandel sollen abgebaut werden. Die Pläne müssen nun weiter konkretisiert und schnell in die Tat umgesetzt werden.

- Wir begrüßen **Bürokratievermeidung** und **Bürokratierückbau**. Positiv bewerten wir auch, dass die BR sich aktiv in jedem EU-Dossier für den Bürokratieabbau einsetzen möchte.
- Wir begrüßen, dass das **nationale Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abgeschafft** wird, bis die europäischen Richtlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung CSRD und der Erfüllung von Sorgfaltspflichten in der Lieferkette CSDDD in Kraft treten.
- Wir begrüßen die Sicherstellung eines **europäischen Level-Playing-Fields** und Maßnahmen gegen „gold-plating“, also die Übererfüllung europäischer Vorgaben.

Neutral:

- Wir begrüßen einen Bürokratierückbau. Dringend zu klären sind auf europäischer Ebene die nationalen Implikationen für Unternehmen, die in mehreren EU-Ländern tätig sind. Aktuell ist mit dem laufenden Omnibus-Verfahren zu CSRD und CSDDD offen, welche Folgen es für deutsche Unternehmen hat, wenn einzelne Mitgliedsstaaten bspw. Verschiebung beim Inkrafttreten von Gesetzen nicht in nationales Recht umsetzen.

2.3. Digitales

Positiv:

- Die geplanten **Reformen im Bereich des Datenschutzes** können die Wirtschaft entlasten und gehen grundsätzlich in die richtige Richtung.
- Bürokratieabbau und Digitalisierung der Verwaltung sind begrüßenswert.
- Zielsetzung im KoA V bzgl. Ausbau digitaler Infrastrukturen (z. B. Glasfaser), Förderung von Künstlicher Intelligenz, ein europäisches Cloud- und Rechenzentrumssystem und datengetriebenen Geschäftsmodellen ist sehr gut.
- Schutz des fairen Wettbewerbs steht im Fokus.

Negativ:

- Fehlende gezielte Unterstützungsangebote für KMU (z. B. bei KI oder Open Source).

2.4. Bildung, Forschung und Innovation

Positiv:

- **Der Ausbau von mehr systematischer und strukturierter Berufsorientierung ist sehr zu begrüßen.** Insbesondere die Sozialpartner-Aktivitäten sollen systematischer in die Länderinitiativen miteinbezogen werden. **Die aktive Rolle der Berufsschulen** als Lernort und Partner der Berufsbildung ist positiv zu bewerten.

Negativ:

- **Eine Verrechtlichung des DQR** – auch nicht als reines Transparenzinstrument – darf auf keinen Fall umgesetzt werden. Die Attraktivität der beruflichen Bildung würde durch eine gesetzliche Verankerung - in welcher Form auch immer - keinesfalls gestärkt, im Gegenteil würde sie beschädigt.
- Eine gesetzliche **Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung** soll geprüft werden.

3. Sicheres Zusammenleben, Migration und Integration

3.1./3.2. Innen / Recht

Positiv:

- Die AGB-Reform schafft neue **Spielräume für privatautonome unternehmerische Entscheidungen.**

Negativ:

- Im ohnehin hoch regulierten Verbraucherschutzrecht soll die **Regulierungsintensität weiter erhöht** werden.
- Konkrete Maßnahmen zur besseren **Bekämpfung des Ladendiebstahls** fehlen.

Fazit: Die notwendige Deregulierung wird nur punktuell in Angriff genommen und durch neue Einschränkungen der Privatautonomie konterkariert.

4. Starker Zusammenhalt, standfeste Demokratie

4.1 Familie, Frauen, Jugend, Senioren und Demokratie

Positiv:

- Das Anstreben **verlässlicher Kinderbetreuung** sowie die Absicht in Kitas und Krippen zu investieren, ist positiv zu bewerten. Solche Maßnahmen erleichtern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aus Sicht des HDE von größter Bedeutung, dass eine Kita- und Ganztagschulbetreuung als Option an allen Werktagen bis 20 Uhr (inklusive samstags) bundesweit zum Standard wird.

Negativ:

- Bei der EU-Entgelttransparenzrichtlinie handelt es sich um ein Bürokratiemonster, weshalb das Anstreben einer “bürokratiearmen” Umsetzung grundsätzlich positiv ist. Allerdings fehlt es zum Schutz der Tarifautonomie eine zwingende Ausnahme für tarifgebundene Arbeitgeber vom Anwendungsbereich sowie für tarifynwendende Arbeitgeber.
- Eine **Verschärfung des Führungspositionengesetzes** ist nicht erforderlich. Im Einzelhandel haben wir traditionell einen hohen Anteil an Frauen in Führungspositionen. Die **Repräsentanz von Frauen** in Aufsichtsräten nimmt branchenübergreifend stetig zu.
- Eine Zusammenführung des Pflegezeitgesetzes und des Familienpflegezeitgesetzes sowie die Einführung eines Familienpflegegelds lehnen wir ab. Es könnte zu einer **Überforderung der Arbeitgeber** durch immer neue befristete Teilzeitanprüche sowie einer Ausweitung des Kreises der Angehörigen kommen.

5. Verantwortungsvolle Außenpolitik, geeintes Europa, sicheres Deutschland

5.2. Europa

Positiv:

- Die geplante **Förderung des EU-Binnenmarkts**; dieser soll als Motor der Wirtschaftskraft noch weiterentwickelt werden.
- Der angekündigte **Rückbau von Bürokratie in der EU**: Dies begrüßen wir ausdrücklich; es braucht eine wachstumsorientierte Neuausrichtung der EU-Politik, mit einem Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit und Bürokratieabbau, um den Wirtschaftsstandort Europa zu sichern.
- **Innovationsfreundliche Digitalpolitik und digitale Souveränität**: Wir unterstützen die angekündigte Fokussierung auf Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, die Stärkung innovationsfreundlicher Digitalpolitik und das Ziel einer digitalen Souveränität. Es braucht aus unserer Sicht eine innovationsfreundliche EU-Digitalpolitik für einen wettbewerbsfähigen EU-Binnenmarkt. Wir benötigen für die Zukunft eigene und unabhängige Strukturen sowie die Entwicklung von Technologien in der EU.

- Frühestmögliche **Einigkeit bei EU-Vorhaben**: Eine Priorisierung ist hier von großer Wichtigkeit. Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung plant, sich zu den legislativen Vorhaben der EU früh und effizient zu positionieren und aktiv einzubringen.

Neutral:

- Der Koalitionsvertrag bleibt sehr unspezifisch bei der Frage wie genau eine **innovationsfreundlichere Digitalpolitik** erreicht und **digitale Souveränität** gestärkt werden soll. Dies sind jedoch wichtige Aspekte, um einen wettbewerbsfähigen sowie souveränen digitalen Sektor und Binnenmarkt in der EU zu gewährleisten.